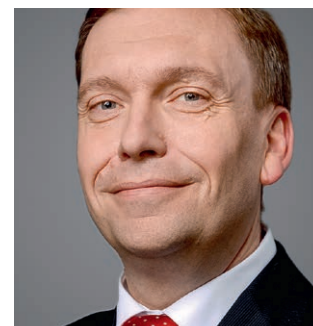




**Preisträgerin des Kommunalpolitischen Ehrenamtspreises der SPD-Fraktion:** Hella Korfmann (2.v.r.) aus Jena leitet dort seit zehn Jahren die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 Plus, ist seit vielen Jahren in der evangelischen Kirche aktiv und ist leidenschaftliche Sozialdemokratin seit 40 Jahren. „Ärmel hochkrempeln und kämpfen“ - das war immer ihr Motto und diesen Appell richtete sie auch an die Thüringer SPD-Abgeordneten. Im Bild: (v.l.) Wolfgang Tiefensee, Christoph Matschie und Matthias Hey



**Liebe Leserin, lieber Leser,**

auf unseren Kommunalpolitischen Ehrenamtsempfang habe ich mich besonders gefreut. Direkt im Anschluss an einen langen Parteitag durften wir vier besonders engagierte Menschen auszeichnen, die zum Teil seit vierzig Jahren Freizeit, Mühe und Nerven für das Gemeinwohl einsetzen – sei es als ehrenamtlicher Bürgermeister, sei es für Spendenaktionen, bei denen sie zum Teil sogar schwere körperliche Arbeit verrichten mussten. Unsere „Ausgezeichneten“ im doppelten Wortsinn sind Evelyn Botz aus Saalfeld-Rudolstadt, Prof. Dr. Reinhard Schramm aus Ilmenau, Hella Korfmann aus Jena und Hans-Peter Perschke aus Schlöben. Sie stehen stellvertretend für eine Gruppe, die zu Recht das Wörtchen „Ehre“ im Titel trägt. Gerade in der heutigen Zeit, in der Kritik schick ist und Tatkraft gleichzeitig zur Mangelware wird, ist ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik ein hohes Gut unserer Gesellschaft.

Und wer zum Kommunalpolitischen Empfang persönlich in Arnstadt vor Ort war, wird mir Recht geben: Vor allem war es herzerfrischend, Menschen wie Hella Korfmann zuhören zu dürfen. Sie ist nach über 40 Jahren Ehrenamt (und Mitgliedschaft in der SPD!) so überzeugt von ihrer Arbeit und weiß so warmherzig davon zu erzählen, dass man gleich Lust bekommt mit anzupacken. Sie ist der lebende Beweis dafür, dass das Ehrenamt einem wirklich etwas zurückgibt.

Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung also nur sagen: Engagement lohnt sich.

In diesem Sinne

Ihr **Matthias Hey**

## Bundesländer gegen Rechts

Die Innenminister der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben sich während einer Konferenz auf ein Maßnahmenpaket im gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus geeinigt. Für die SPD-Fraktion ist diese Sicherheitspartnerschaft ein sinnvolles Projekt. Dass Rechtsextremisten mit ihren Botschaften immer mehr in der gesellschaftlichen Mitte anzukommen scheinen, kann und wird die Fraktion nicht länger hinnehmen. Mit ihrer Aktuellen Stunde „Thüringen als Vorreiter im Kampf gegen Rechtsextremismus“ möchten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deshalb diese Sicherheitspartnerschaft unterstützen.

„Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich die Innenminister der drei Länder zusammengesetzt haben“, sagt die innenpolitische Sprecherin Dorothea Marx. „Es ist sehr wichtig, dass die Sicherheitsarchitektur sich auf die neue Form verstärkter Militarisierung und Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene einrichtet.“ Die Ereignisse von Chemnitz und Köthen sowie die Rechtsrockkonzerte in Thüringen haben zudem gezeigt, dass es Rechtsextremen mittlerweile gelingt, mehrere tausend Menschen zu mobilisieren. Die Reaktion der Sicherheitsbehörden kann deshalb aber nur eine der möglichen Reaktionsformen sein. „Die Gesellschaft ist ebenfalls gefragt – Zuschauen

ist keine Option. Eine gute Sicherheitsstruktur ersetzt natürlich nicht eine gesellschaftliche Ächtung“, so Marx und ergänzt: „Um den gestiegenen Herausforderungen besser begegnen zu können, muss die Thüringer Polizei laut der innenpolitischen Sprecherin sowohl technisch als auch personell aufgestockt werden.“ Die länderübergreifende Zusammenarbeit gegen Rechtsextremismus darf für die Sozialdemokratie aber nicht bei Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen enden: Der Kampf gegen Rechts ist eine bundesweite Aufgabe.



Diana Lehmann (Bildmitte) und Anja Zachow (SPD-Landesgeschäftsführerin, rechts) bei der Demonstration „Wir für Mattstedt“ am 25. August.

> „Grünes Band“

Mit dem Gesetz wird der ehemalige Grenzstreifen, das sog. „Grüne Band“, als Nationales Naturmonument ausgewiesen. Gleichzeitig entsteht damit das längste zusammenhängende Schutzgebiet am „Grünen Band“ in Europa. Damit schaffen wir einen mehr als würdigen Rahmen, um die einmalige Verbindung von Natur und Geschichte auch für künftige Generationen zu bewahren.

> Sportförderungsgesetz

Thüringen hat ein neues und zeitgemäßes Sportförderungsgesetz bekommen, das eine deutliche Stärkung des Breitensports mit sich bringt. Unter anderem müssen öffentliche Träger Vereinen, Schulen und Hochschulen ihre Sportplätze und Sporthallen entgeltfrei überlassen. Damit den Kommunen keine Einnahmeausfälle drohen, stellt das Land ab 2020 fünf Millionen Euro bereit.

> Landtagspräsident/in

Wir haben uns gegen den Vorschlag der CDU, Michael Heym als nächsten Landtagspräsidenten zu nominieren, entschieden. Stattdessen haben wir den Vorschlag gemacht, Birgit Diezel als Kandidatin aufzustellen. Sie hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode bewiesen, dass sie den Landtag angemessen repräsentieren kann. Uns ist es wichtig, dass das Landtagspräsidium so schnell wie möglich wieder komplett ist – allerdings nicht um jeden Preis und mit einem Kandidaten, der auf die Stimmen der AfD angewiesen ist.

**100 Jahre Frauenwahlrecht**

„Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan [...] für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Am 12. November 1918 richtete der Rat der Volksbeauftragten diesen Aufruf an das deutsche Volk und leitete somit das Frauenwahlrecht ein. 100 Jahre später ist das Wahlrecht für Frauen nicht nur selbstverständlich, Frauen haben auch politische Ämter inne. Dennoch sind sie in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert. Wir müssen uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, die Akzeptanz und Repräsentanz von Frauen in der Politik zu erhöhen. „Ich will, dass Frauen als Politikerinnen genauso ernst genommen werden wie ihre männlichen Kollegen“, so Diana Lehmann, Sprecherin für Gleichstellung.

# Straßenausbaubeiträge abschaffen – aber rechtssicher!

Das oberste Ziel, nämlich die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eint uns mit unseren Koalitionspartnern. Bestreben der SPD ist es, einen rechtssicheren Weg für die Abschaffung zu finden. Zudem werben wir für die größtmögliche parlamentarische Unterstützung, weshalb wir auch das Gespräch mit der CDU-Fraktion gesucht haben.

Um offene Rechtsfragen zu klären, hat das Innenministerium bereits ein Gutachten beauftragt.

Klar ist auch, eine rückwirkende Erstattung gezahlter Beiträge würde den Landeshaushalt

zu stark belasten und ist deshalb nicht möglich. Für die Abschaffung ist ein Finanzrahmen von 30 Millionen Euro vorgesehen, um die entgangenen Einnahmen der Kommunen auszugleichen.

**In Kürze**

Rot-Rot-Grün wird mit Wirkung ab 1. Januar 2019 die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Gleichzeitig wollen die Koalitionspartner keine rückwirkende Erstattung vorher gezahlter Beiträge. Eine ausführliche Erklärung gibt es unter:

[www.spd-thl.de/beitraege/](http://www.spd-thl.de/beitraege/)



# Thüringen-Monitor: Menschen zweiter Klasse?

„Heimat“ – ein diffuser Komplex, der sich mehr mittels Gefühlen denn Begrifflichkeiten erklären lässt. Und doch ist der sogenannte Heimatbegriff für viele Thüringerinnen und Thüringer ein sehr wichtiger. So wichtig, dass er zum zentralen Thema des diesjährigen „Thüringen-Monitors“ gemacht wurde – immerhin gaben bei der Umfrage 96 Prozent der Menschen an, dass ihnen ihre Heimat wichtig ist. Ebenfalls zugenommen hat die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Heimatbegriff. SPD-Fraktionsvorsitzender Matthias Hey mahnte im Rahmen der Landtagsdebatte zum Thüringen-Monitor an, dass der Heimatbegriff von einigen gekapert und auf eine künstliche Verteidigungslinie reduziert worden sei. „Fast 60 Prozent der Thüringer sagen, die Bundesrepublik ist durch Ausländer gefährlich überfremdet. Und wenn man dann fragt, ist das auch in Thüringen so? Dann sagen das schon nur noch 36 Prozent. Und wenn man noch genauer fragt, ob das auch für das eigene Wohngebiet zutrifft – also genau dort, wo man seine Heimat hat – dann sagen das nur noch 11 Prozent“, schilderte Hey.

Dass die Gesellschaft nicht grundsätzlich gegen die Politik sei, aber das Vertrauen verloren habe, geht ebenfalls aus der Umfrage hervor. Die Mehrheit schätze sogar die politische Praxis als gut ein, fordere aber, dass „wieder mehr für die Mehrheit der Menschen im Land getan werde“. In dem ebenfalls diffusen aber sehr bestechenden Gefühl des „Zurückgesetztheits“ / „Menschen zweiter Klasse zu sein“ sieht der SPD-Fraktionsvorsitzende die

eigentliche Ursache des Auseinandergehens der Einschätzung über die persönliche Situation und über die Bewertung der gesellschaftlichen Lage. Dieses von der Wissenschaft als „Ostdeprivation“ beschriebene Phänomen erfasst der diesjährige Thüringen-Monitor mit seinem thematischen Schwerpunkt auf dem Heimatbegriff in einem neuen Kontext. Die Bevölkerung der ehemaligen DDR habe nach der Einschätzung Heys eine dramatische Prägung des Heimatbegriffs erfahren. Sie wurde von ihrer Heimat gewissermaßen in Haft genommen und mit der Wende ging ihnen ein Teil ihrer Heimat verloren. Das habe Spuren bis heute hinterlassen. Auch deshalb fordert Matthias Hey eine starke politische Stimme für den Osten auf Ebene der Bundes- und Europapolitik: „Wir brauchen eine Vertretung ostdeutscher Interessen!“

**Zusatzinformation**

**Der Thüringen-Monitor**

ist eine seit 2000 jährlich stattfindende repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur im Freistaat. Ein besonderer Fokus liegt dabei jedes Jahr auf der Erforschung rechtsextremer Einstellungen, der Demokratieakzeptanz, der Demokratiezufriedenheit, dem Institutionenvertrauen und der politischen Partizipation der Thüringer Bevölkerung. Die regelmäßige Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Thüringen-Monitors hat sich als festes politisches Ereignis im Thüringer Landtag etabliert.

Mehr Infos sowie die Ergebnisse unter: <https://bit.ly/2zUmyKs>

